

Eckhard Jesse
Thomas Schubert
Tom Thieme

Politik in Sachsen

 Springer VS

Politik in Sachsen

Eckhard Jesse • Thomas Schubert • Tom Thieme

Politik in Sachsen

Eckhard Jesse
Thomas Schubert
Tom Thieme

Technische Universität Chemnitz, Deutschland

ISBN 978-3-531-18550-7
DOI 10.1007/978-3-531-19110-2

ISBN 978-3-531-19110-2 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Lektorat: Verena Metzger, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Inhalt

Vorwort	9
Kapitel 1: Einleitung	11
1 „Sächsischer Weg“?	11
2 Studien zu Sachsen	16
3 Aufbau zur „Politik in Sachsen“	26
Kapitel 2: Wiedergründung des Freistaates 1989/90	31
1 Südliche Bezirke der DDR	31
2 Sachsen als „Kernland“ der friedlichen Revolution 1989	37
3 Vom Dresdner Runden Tisch zum Koordinierungsausschuss	43
4 Sächsische Staatsgründung und Vorschaltgesetz 1990	46
5 „Sächsischer Weg“?	48
Kapitel 3: Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit	51
1 Staatlichkeit der Länder in Deutschland	51
2 Funktionen von Landesverfassungen	53
3 Weg zur Sächsischen Verfassung 1990–1992	55
4 Verfassungsaufbau und Landesspezifika in Sachsen	60
5 Sächsischer Landesverfassungsgerichtshof	62
6 „Sächsischer Weg“?	65

Kapitel 4: Parlament	69
1 Landesparlamente in Deutschland	69
2 Landtag im sächsischen Institutionengefüge	73
3 Struktur und Arbeitsweise des Sächsischen Landtages	77
4 Funktionen des Sächsischen Landtages	81
5 Landtagsabgeordnete in Sachsen	86
6 „Sächsischer Weg“?	89
Kapitel 5: Regierungen und Regieren	93
1 Landesregierungen und -koalitionen in Deutschland	93
2 Staatsregierung im sächsischen Institutionengefüge	96
3 CDU-Einparteienregierungen 1990–2004 in Sachsen	101
4 CDU-SPD-Koalition 2004–2009 in Sachsen	107
5 CDU-FDP-Koalition seit 2009 in Sachsen	111
6 „Sächsischer Weg“?	113
Kapitel 6: Ministerpräsidenten	117
1 Ministerpräsidenten in Deutschland	117
2 Ministerpräsident im sächsischen Institutionengefüge	122
3 „Landesvater“ Kurt Biedenkopf 1990–2002	124
4 „Landesmanager“ Georg Milbradt 2002–2008	127
5 „Landessohn“ Stanislaw Tillich seit 2008	131
6 „Sächsischer Weg“?	133
Kapitel 7: Wahlen und Wahlverhalten	137
1 Wahlen und Wahlverhalten in Deutschland	137
2 Wahlergebnisse in Sachsen	140
3 Wahlsystem und Wahlrecht in Sachsen	147
4 Wahlverhalten bei den sächsischen Landtagswahlen	150
5 „Sächsischer Weg“?	157
Kapitel 8: Parteien und Parteiensystem	161
1 Parteien und Parteiensysteme in Deutschland	161
2 Entstehung des sächsischen Parteiensystems 1989/90	165
3 Fünfparteiensystem 1990–1994 in Sachsen	168
4 Dreiparteiensystem 1994–2004 in Sachsen	170
5 Sechsparteiensystem seit 2004 in Sachsen	173
6 Akteurs- und Wettbewerbsstrukturen im Parteiensystem Sachsens	176
7 „Sächsischer Weg“?	183

Kapitel 9: Verwaltung	187
1 Öffentliche Verwaltung in Deutschland	187
2 Neuorganisation und Reform der sächsischen Verwaltung nach 1990	191
3 Verwaltung in Sachsen	198
4 Oberste Staatsbehörden in Sachsen	199
5 Allgemeine und Besondere Staatsbehörden in Sachsen	202
6 Landkreise und Landratsämter in Sachsen	205
7 „Sächsischer Weg“?	206
Kapitel 10: Kommunalpolitik und Kommunale Selbstverwaltung	209
1 Kommunalpolitik und Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland	209
2 Kommunale Selbstverwaltung in Sachsen vor 1990	211
3 Kommunale Selbstverwaltung in Sachsen seit 1990	215
4 Art und Aufgaben der Kommunalen Selbstverwaltung in Sachsen	218
5 Kommunale Gebiets- und Verwaltungsgliederung in Sachsen	221
6 „Sächsischer Weg“?	226
Kapitel 11: Der Freistaat im Bund und in der Europäischen Union	229
1 Länder in Deutschland und im europäischen „Staatenverbund“	229
2 Freistaat Sachsen im Bundesrat	236
3 Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund	240
4 Freistaat Sachsen im Ausschuss der Regionen	242
5 Vertretung des Freistaates Sachsen bei der Europäischen Union	245
6 „Sächsischer Weg“?	247
Kapitel 12: Medien und Medienpolitik	249
1 Medien in Deutschland	249
2 Presselandschaft in Sachsen	252
3 Rundfunklandschaft in Sachsen	255
4 Fallbeispiele Politik und Medien in Sachsen	259
5 „Sächsischer Weg“?	266
Kapitel 13: Demografie und Sozialstruktur	269
1 Sozialstruktur und Demografie in Deutschland	269
2 Bevölkerungsentwicklung in Sachsen seit 1990	275
3 Sozialstruktur in Sachsen seit 1990	277
4 Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen	281
5 Steuerungsversuche in Sachsen	283
6 „Sächsischer Weg“?	285

Kapitel 14: Politische Kultur und Regionalkultur	287
1 Politische Kultur in Deutschland	287
2 Politische Kultur in Sachsen	294
3 „Sächsische Identität“ und „sächsische Identitätspolitik“	297
4 Regionale Kulturen in Sachsen	299
5 „Sächsischer Weg“?	303
Kapitel 15: Politischer Extremismus und Demokratieschutz	305
1 Politischer Extremismus und streitbare Demokratie in Deutschland	305
2 Parteiförmiger Extremismus in Sachsen	309
3 Nicht-partieförmiger Extremismus in Sachsen	316
4 Demokratieschutz und antiextremistischer Grundkonsens in Sachsen	320
5 „Sächsischer Weg“?	327
Kapitel 16: Zusammenfassung	331
1 „Sächsischer Weg“?	331
2 Perspektiven für Sachsen	338
Literaturverzeichnis	341
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	351
Personenverzeichnis	353
Autorenverzeichnis	359

Vorwort

Wer einen Band über „Politik in Sachsen“ präsentiert, hat Fährnisse zu meistern. Erstens handelt es sich um das Wagnis der ersten „politischen Landeskunde“; zweitens muss einer Fixierung auf Sachsen – etwa durch vergleichende Beispiele zu anderen Ländern – widerstanden werden; drittens ist es eine Herausforderung, alle wesentlichen Bereiche der sächsischen Politik zu erfassen; viertens war eine Studie aus einem Guss beabsichtigt – trotz der Autorenschaft mehrerer; fünftens sollte keine Momentaufnahme im Vordergrund stehen, sondern eine Analyse, die den Wandel seit 1990 berücksichtigt; sechstens schwebte uns eine umfassende und repräsentative Darstellung der sächsischen Politik vor, ohne die Leitfrage nach der Existenz eines „sächsischen Weges“ aus den Augen zu verlieren. Der Leser möge beurteilen, ob das Unterfangen gelungen ist.

Die Autoren haben sich die Arbeit gerecht geteilt. Die Texte „Wiedergründung des Freistaates Sachsen 1989/90“, „Parlament“, „Ministerpräsidenten“ sowie „Politischer Extremismus und Demokratieschutz“ stammen von Eckhard Jesse, die über „Regierungen und Regieren“, „Wahlen und Wahlverhalten“, „Parteien und Parteiensystem“ sowie „Verwaltung“ von Thomas Schubert, die über „Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit“, „Sachsen im Bund und in der Europäischen Union“, „Demografie und Sozialstruktur“ sowie „Politische Kultur und Regionalkultur“ von Tom Thieme.

Am Ende bleibt uns die Danksagung, der wir gerne nachkommen. Sie gilt zunächst Dr. Anita Maaß (für den Beitrag „Kommunalpolitik und Kommunale Selbstverwaltung“) und Dr. Ulrich Brümmer (für den Beitrag über „Medien und Medienpolitik“). Schließlich bedanken wir uns bei den Mitarbeitern an der Professur Politische Systeme, Politische Institutionen an der Technischen Universität Chemnitz für vielfältige Hilfe: Niels Dehmel, Erik Holtschke, Daniel Rennert und Martin Schramm.

Chemnitz im Juni 2013

E. J./Th. S./T. T.

Kapitel 1

Einleitung

1 „Sächsischer Weg“?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts blickt Sachsen auf die längste demokratisch geprägte Periode in seiner Geschichte zurück. Nie zuvor standen demokratisch legitimierte Gewalten hier in einer solchen Kontinuität und die konstitutionellen Fundamente derart stabil wie von 1990 an – ungeachtet der Hinterlassenschaft der SED-Diktatur, vieler Transformationsprobleme und neuer Herausforderungen. Umgeben von einem freien wie solidarischen deutschen Bundesstaat und einem friedlichen europäischen Staatenverbund, sind heute die totalitären Großbrände des 20. Jahrhunderts, mit ihren Diktaturen und Kriegen, weithin verraucht, obwohl manche ihrer Spuren sichtbar und in Teilen unauslöschlich bleiben. Im Unterschied zu den deutschen Ländern, die im Epochenjahr 1945 vom Nationalsozialismus befreit wurden und in denen sich in den Folgejahren eine freiheitliche Demokratie etablierte, blieben jene ost- und mitteldeutschen, zu denen das heutige Sachsen gehörte, für mehr als vier Jahrzehnte in der Diktatur verhaftet. Erst im Herbst des Jahres 1989 endete hier das (nach 1945 nur kurzzeitig durchbrochene) autoritäre Kontinuum aus monarchischem Obrigkeitsstaat und nationalsozialistischer wie kommunistischer Diktatur.

Sachsen weist eine lange, verschlungene Historie auf – von der 929 gegründeten Mark Meißen bis zum Sächsischen Freistaat seit 1990.¹ Land und Leute zwischen Görlitz, Leipzig und Plauen (wohlgemerkt: Görlitz gehörte von 1815 bis 1945 zu Preußen) haben vor allem im 20. Jahrhundert mehrmals politische Neuanfänge initiiert, erduldet oder erlitten, hierbei mehr Tiefpunkte als Sternstunden erlebt.² Zunächst war in

1 Vgl. etwa Reiner Groß: *Geschichte Sachsens*, 4. Aufl., Leipzig 2007.

2 Vgl. James Retallack: *Einleitung*, in: Ders. (Hrsg.): *Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830–1918*, Bielefeld/Gütersloh 2000, S. 11–32, hier S. 18.

den Novemberwirren des Jahres 1918 die über 800jährige Wettinerherrschaft gestürzt und das Königreich Sachsen beseitigt worden, zusammen mit dem Deutschen Kaiserreich. Die demokratischen Wurzeln der am 9. November 1918 von Philipp Scheidemann in Berlin ausgerufenen deutschen Republik reichten im Südosten jedoch nicht tief. Die sächsischen Verfassungsgeber suchten 1920 – entgegen einer mehrheitlich autoritären politischen Kultur – das neue Gemeinwesen zu konsolidieren, indem sie eine parlamentarische Demokratie und demokratische Wahlen verankerten.³ Nach Jahrzehnten systemischer Benachteiligung konnten die Sozialdemokraten nun ihre kontinuierliche Stimmenhoheit im Land („rotes Sachsen“) in Mandate umsetzen und für eine (politisch instabile) Dekade die Regierungsgeschäfte führen.⁴ Infolge wiederholter Regierungskrisen offenbarte die letzte freie Landtagswahl im Jahr 1930 früh den „Bankrott des Länderparlamentarismus“⁵ in Sachsen. Eine Regierungsbildung war wegen massiver Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD unmöglich geworden (die bürgerliche Regierung blieb nach der Wahl geschäftsführend im Amt), die Konfrontation der extremistischen Parteien KPD und NSDAP mit den zerstrittenen demokratischen Kräften bestimmte den politischen Alltag innerhalb und außerhalb des Landtages.⁶

Noch vor Ende des Jahres 1933 wurden der Sächsische Landtag infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme aufgelöst und alle Parteien eliminiert – bis auf die NSDAP. Das Land Sachsen, im Jahr 1934 als NS-Gau „gleichgeschaltet“, nahm ein unrühmliches Ende. Die Zeit der Autokratien begann. Das pseudodemokratische Intermezzo zwischen brauner und roter Diktatur, die halbfreie Wahl zum Sächsischen Landtag am 20. Oktober 1946,⁷ diente allein der Legitimation des zuvor aus KPD und SPD gebildeten Zwangskonstrukts SED. Es endete in der kommunistischen Diktatur. Unterstützt durch sächsische Kommunisten, oktroyierten die Sowjets ihre Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, besetzten staatliche Schlüsselpositionen, verfolgten und verhafteten politische Gegner.⁸ Im „demokratischen Zentralismus“ der 1949 gegründeten DDR ersetzten ab 1952 die Verwaltungsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz (ab 1953 Karl-Marx-Stadt) das Land Sachsen als staatliche Einheit. Die sächsische Identität blieb freilich nahezu ungebrochen.⁹

3 Vgl. dazu Suzanne Drehwald/Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat, Leipzig 1998, S. 44–56.

4 Vgl. ausführlich Claus-Christian W. Szejnmann: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik, Dresden 2000.

5 o. A., Der Bankrott des Länderparlamentarismus, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 23. Juni 1930.

6 Siehe Hans Fenske: Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt a. M. 1972, S. 285–304; Otto Kaemmel: Sächsische Geschichte, Dresden 2000, S. 149.

7 Vgl. dazu Karl-Heinz Hajna: Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ, Frankfurt a. M. 2000, insb. S. 81–112, 223.

8 Vgl. den Band von Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln 2003.

9 Vgl. Mary Fulbrook: Democratic Centralism and Regionalism in the GDR, in: Maiken Umbach (Hrsg.): German Federalism. Past, Present, Future, Basingstoke/New York 2002, S. 146–171.

Erst die friedliche Revolution des Herbstes 1989 fegte die politisch entkräftete wie wirtschaftlich morsche SED-Diktatur hinweg.¹⁰ Sachsen hatte einen großen Anteil daran. Massenproteste etablierten binnen kurzem eine öffentliche Gegenmacht, die den Herrschenden zunächst Zugeständnisse abrang und diese später entmachtete.¹¹ Der dritte (sächsische) Anlauf zur Demokratie gelang. Anders als zuvor sehnte sich der übergroße Teil der Bevölkerung nach Freiheit und Wohlstand – er wollte einen demokratisch wie rechtsstaatlich verfassten Staat und eine freiheitliche Wirtschaftsordnung. Und anders als zuvor standen mit dem demokratischen Verfassungsstaat und der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland funktionierende und allseits akzeptierte Systeme bereit. Mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 verschmolz unter einem Dach, was über 40 Jahre willkürlich getrennt war. Die Gründung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 1990 verlieh diesen ihre staatliche und politische Integrität (zurück). Parlamentarische Regierungssysteme wurden geschaffen, die politischen Akteure durch freie Wahlen legitimiert.

Ziel unseres Buches ist es, das politische System des Freistaates Sachsen in seiner Struktur und Entwicklung zu beschreiben, zu analysieren, vergleichend einzuordnen sowie zu bewerten. Auf Landesebene finden sich einerseits zahllose strukturelle Parallelen bis hin zu homogenen Strukturen, die eine Differenzierung zwischen einzelnen Ländern zu einem mühsamen, da kleinteiligen Unterfangen machen. Andererseits existieren mannigfaltige prozessuale und qualitative Charakteristika, besonders ausgeprägt zwischen west- und ostdeutschen Ländern (aber nicht nur), die umfangreiche Einzelanalysen verlangen. „Harte“ quantitative und strukturelle Einordnungen können trügen, erst „weiche“ qualitative und prozessuale Elemente runden die Analyse ab. Um die Politik in Sachsen in diesem Sinne wiedergeben, einordnen und vergleichen zu können, ist eine umfassende Quer- und Längsschnittbetrachtung notwendig, die folgende Leitfrage zu beantworten sucht: Existiert mit Blick auf das politische System Sachsens und dessen Kernbestandteile ein „sächsischer Weg“? Die Art der Unterfragen liegt auf der Hand: Wenn ja, was sind sächsische Spezifika? Warum ist dies so? Und wie fällt die Bewertung aus? Ist das geflügelte Wort von den „sächsischen Verhältnissen“ im Ländervergleich belastbar?

Der Begriff „sächsischer Weg“ entstammt – zumindest im politikwissenschaftlichen Kontext – der Feder Ulrich Brümmers.¹² Dessen These eines vorrangig auf die Struk-

10 Vgl. etwa Ehrhart Neubert: *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008; Ilko-Sascha Kowalczyk: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009; Wolfgang Schuller: *Die deutsche Revolution 1989*, Berlin 2009; siehe zusammenfassend Eckhard Jesse: *Friedliche Revolution. Deutsche Einheit. Vereintes Deutschland?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 52 (2011), S. 537–555.

11 Vgl. Eckhard Jesse (Hrsg.): *Friedliche Revolution und deutsche Einheit – Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz*, Berlin 2006; ders./Thomas Schubert (Hrsg.): *Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen*, Berlin 2010.

12 Vgl. Ulrich Brümmer: *Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990–2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen*, Wiesbaden 2006, S. 248–259.

turelle, gouvernementale und kulturelle CDU-Prädominanz gestützten „sächsischen Weges“ soll in dieser Studie systematisiert und erweitert werden. Ferner gilt es, den „sächsischen Weg“ a posteriori zu erörtern und das Phänomen für die diversen Untersuchungsbereiche kritisch zu analysieren. Nach Brümmer kennzeichneten im Zeitraum 1990 bis 2004 folgende acht Kernelemente den „sächsischen Weg“: (1) „Die Reformkräfte der friedlichen Revolution haben den Entstehungsprozess des Landes Sachsen weitgehend gestaltet.“ (2) „Die Reformer des Herbstes 1989 sind, vor allem über die CDU, einflussreich im Parlament und in der Regierung.“ (3) „Das Parteiensystem ist von einer ununterbrochenen CDU-Dominanz gekennzeichnet.“ (4) „Die Christdemokraten verfügen über eine strukturelle Mehrheit, ähnlich wie die SPD in Brandenburg oder die CSU in Bayern.“ (5) „Der Freistaat Sachsen versteht sich als Sprecher und Interessenvertretung aller neuen Länder, wie etwa beim Solidarpakt oder im Vermittlungsausschuss.“ (6) „Sachsen weist politische Stabilität auf sowie eine vergleichsweise wirtschaftliche Prosperität und kulturellen Reichtum und hat deshalb ein positives Image als investorenfreundliches Land.“ (7) „Die demokratischen Parteien zeichnet – aufgrund der Wandlung der SPD – weiterhin ein anti-extremistischer Konsens aus.“ (8) „Der CDU ist es gelungen, die von der PDS propagierte ‚Ost-Identität‘ für den Freistaat in eine ‚Sachsen-Identität‘ zu transportieren.“¹³ Darüber hinaus erörtert Brümmer qualitative Zusammenhänge, die seiner Ansicht nach die These von einem „sächsischen Weg“ nach 1990 bekräftigen, wie etwa die herausgehobene Rolle Kurt Biedenkopfs, das hohe Renommee der regierenden Christdemokraten oder deren bundespolitisch wirksam inszenierte Regierungspolitik. Jedoch fallen diese einerseits sehr eng aus, andererseits zielen sie einzig auf die Bestätigung der These; Negativbeispiele kommen zu kurz bzw. fehlen ganz. Strukturanalysen fließen in Brümmers Bewertung nicht ein, große Teile des Regierungssystems bleiben – erklärtermaßen – unberücksichtigt, z. B. Verfassung, Parlament, Verwaltung oder die kommunale Ebene.

Der hier genutzte Begriff des „sächsischen Weges“ will diese Verengung überwinden. Er verbindet die strukturellen mit den prozessualen Elementen des politischen Systems im Freistaat Sachsen. Dies sind vor allem: die Entstehung des Freistaates Sachsen 1989/90, die Landesverfassung und der Prozess der Verfassungsgebung, das parlamentarische Regierungssystem mit Landtag und Staatsregierung, Wahlen und Parteien, Verwaltung und Kommunalpolitik sowie Fragen der politischen Kultur und des politischen Extremismus wie des Demokratieschutzes. Auf diese Weise entsteht ein facettenreiches Bild, das weder idealisiert noch nivelliert.

Von einem „sächsischen Weg“ soll erstens die Rede sein, wenn die untersuchten Faktoren im Kontext des deutschen Föderalismus besondere strukturelle bzw. prozessuale Charakteristika aufweisen. Hierbei gilt: Nicht jeder landestypische Zuschnitt begründet automatisch einen eigenen „Weg“, und nicht jedwede (tatsächliche oder vermeintliche)

13 Ebd., S. 248 f.

Spezifik ist eine Eigenart. Damit das Etikett des „sächsischen Weges“ gerechtfertigt ist, bedarf es zunächst der Binnenunterscheidung nach ost- und westdeutschen Ländern. Kann sich eine sächsische Untersuchungsdimension im Hinblick auf die westdeutschen Länder als Besonderheit herausstellen, handelt es sich bei ihr im ostdeutschen Ländervergleich mitunter um eine Gemeinsamkeit. Erst der einzigartige Wesenszug einer Untersuchungsdimension in der Gegenüberstellung mit Ost- und Gesamtdeutschland belegt einen „sächsischen Weg“. Bedeutsam ist zweitens ein hohes Maß an zeitlicher Kontinuität. Kurzzeitige Sonderentwicklungen müssen als solche benannt und damit einer falschen Einordnung entzogen werden. Wer diesen Aspekt ignoriert, kann nahezu überall spezifische „Wege“ entdecken. Drittens müssen die so etikettierten Phänomene einem sächsischen politisch-kulturellen Kontext entstammen bzw. maßgeblich durch einen solchen beeinflusst sein. Ein sächsisches Spezifikum definiert eine im Ländervergleich markante, temporär bestandsfeste und kontextuell sächsische Eigenheit.

Die Verfasser sind sich der Problematik ihres Ansatzes bewusst. James Retallack, dessen geschichtswissenschaftlicher Band „Sachsen in Deutschland“ in Teilen einer ähnlichen Vorgabe folgt, sucht folgenden Weg: „Wie sollen wir mit der zweiten These – mit dem Dualismus zwischen ‚Sachsen ist anders‘ und ‚Sachsen ist nicht anders‘ – verfahren? Es ist zu betonen, dass es gerade diese Spannung ist, und nicht der Zwang, sich für die eine oder andere These entscheiden zu müssen, die historisches Arbeiten über Sachsen vorantreibt. Natürlich werden die Historiker weiterhin denjenigen Facetten der sächsischen Geschichte ihre Aufmerksamkeit widmen, bei denen Sachsen eine Pionierrolle zufiel. Und das ist auch gut so. Die sächsische Geschichte weist viele beispiellose politische Experimente auf, deren Singularität einfach nicht ignoriert werden kann. Dennoch demonstriert die sächsische Geschichte die Unsicherheit regionaler Innovationen im Kontext nationaler Trends.“¹⁴ Dasselbe gilt für eine politikwissenschaftliche Analyse, nicht zuletzt wegen des in historischen Dimensionen ausgesprochen eng bemessenen Betrachtungszeitraums.

Der Blick auf das Besondere, Exklusive oder Individuelle darf jedoch den auf das Gewöhnliche, Profane oder Gemeinsame nicht verstellen. Die Gefahr, sich vorrangig der positiv wie negativ markanten Themen zu widmen und diese so womöglich gegenüber anderen zu überhöhen, ist umso größer, je geringer der Gegenstand wissenschaftlich durchdrungen ist. Die übergreifende Frage nach einem „sächsischen Weg“ wird daher jeweils ergebnisoffen untersucht. Wir wollen der Versuchung widerstehen, dass bereits diese Frage eine bestimmte Art präjudiziert.

14 James Retallack: Einleitung (Anm. 2), S. 17 f.

2 Studien zu Sachsen

Weshalb ein Buch über „Politik in Sachsen“ schreiben, gelten doch die Regierungssysteme der deutschen Länder gemeinhin als weithin homogen, die Landespolitik als stark von den übergeordneten Politikebenen abhängig, verwaltungsdominiert und in den eigenständigen Gestaltungsoptionen beschränkt? Eine Einzelfallstudie, so eine mögliche Kritik, schafft hier zwar Abhilfe, indem sie einerseits Spezifika zutage fördert, andererseits aber über eine induktive – und damit kaum generalisierbare – Darstellung nicht hinauskommt. Beide (schiefe) Lesarten sind nicht zuletzt mit ursächlich für die geringe Zahl an breiteren politikwissenschaftlichen Analysen einzelner Bundesländer.¹⁵

Die „stiefmütterliche“¹⁶ Behandlung der Landesebene¹⁷ durch die Politikwissenschaft resultiert jedoch nicht nur aus dem unitarischen Charakter des deutschen Föderalismus. Die Dominanz gesamtstaatlicher Perspektiven ist auch der folgenden Tatsache geschuldet: Mit Landesstudien sind kaum politikwissenschaftliche Meriten zu erwerben. Die deutschen Länder werden deshalb oft im Zusammenhang mit den ihnen übergeordneten Ebenen zu einem politikwissenschaftlichen Gegenstand.¹⁸ Erst in letzter Zeit haben komparative Analysen einige Forschungslücken im landespolitischen Bereich behoben.¹⁹ An dem Mangel an aktuellen übergreifenden Studien zu den politischen Systemen der einzelnen deutschen Länder²⁰ ändert dies freilich nichts. Sachsen ist hier keine Ausnahme, im Gegenteil. Es existiert – und das ist erstaunlich – kein Kom-

15 Positiv können – neben Arbeiten zu Nordrhein-Westfalen und Bayern – z. B. Studien zu Rheinland-Pfalz erwähnt werden. Vgl. Peter Haungs (Hrsg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986; Ulrich Sarcinelli u. a. (Hrsg.): Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, Mainz/München 2000; dies. (Hrsg.): Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Heimat und Demokratie, Wiesbaden 2010. Siehe jetzt Manuela Glaab/Michael Weigl (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern. Wiesbaden 2013.

16 Vgl. Frank Decker: Regieren im „Parteienbundesstaat“. Zur Architektur der deutschen Politik, Wiesbaden 2011, S. 278. Das gleichlautende Urteil Ulrich von Alemanns aus dem Jahr 1985 besitzt bis heute – wenn auch in abgeschwächter Form – Gültigkeit. Vgl. Ulrich von Alemann: Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln u. a. 1985, S. 11–21, hier S. 12.

17 Eine Ausnahme ist Sven Leunig: Die Regierungssysteme der deutschen Länder, 2. Aufl., Wiesbaden 2012.

18 Vgl. exemplarisch Kerstin Völkl u. a. (Hrsg.): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008.

19 Vgl. anstatt vieler Andreas Kost/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010; Markus Freitag/Adrian Vatter (Hrsg.): Die Demokratien der deutschen Bundesländer. Politische Institutionen im Vergleich, Opladen/Farmington Hills 2008; Achim Hildebrandt/Frieder Wolf (Hrsg.): Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich, Wiesbaden 2008; Uwe Jun u. a. (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008; Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.): Landesparlamentarismus: Geschichte – Struktur – Funktionen, 2. Aufl., Wiesbaden 2012.

20 Etwa Karl-Rudolf Korte u. a.: Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006, Wiesbaden 2006.

pendium zur Politik und zum politischen System des Freistaates Sachsen seit 1990.²¹ Für die anderen neuen Länder gilt das nicht in gleichem Maße.²² Sehr wohl bietet indes die Forschung ein Potpourri an Einzelstudien über Sachsen, wie ein Überblick zu jedem in diesem Buch behandelten Bereich zeigen soll.

Die Wiedergründung des Freistaates Sachsen 1989/90 (Kapitel 2) ist vor allem durch Studien des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung gut durchdrungen. Das dort entstandene Opus magnum von Michael Richter²³ zeichnet den einjährigen Prozess akribisch nach.²⁴ Eine Einzelstudie Richters widmet sich speziell der Grenzkreisproblematik 1989/90 und der Frage, wie in Sachsen, Thüringen und Brandenburg bei der Zuordnung von Kreisen und Kommunen mit dem „Bürgerwillen“ verfahren wurde.²⁵ Besonders der Bereich der friedlichen Revolution erfuhr ein hohes Maß an wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Hier ist wiederum Michael Richter an erster Stelle zu nennen.²⁶ Sein Mammutwerk „Die Friedliche Revolution“ ist eine Pionierstudie. Auch andere Autoren wie Matthias Kluge oder Karin Urich haben Wegweisendes geleistet.²⁷ Das überrascht nicht, denn Sachsen gilt gemeinhin als Kernland der friedlichen Revolution. Die Zahl einschlägiger Dokumentationen ist Legion.²⁸

-
- 21 Der Tagungsband von Konstantin Hermann versammelt eine ganze Reihe aufschlussreicher Beiträge zu Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Freistaates, jedoch ohne integrierende Fragestellung. Vgl. Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden 2010.
 - 22 Vgl. Christiane Büchner/Jochen Franzke: Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde, 5. Aufl., Potsdam 2008; Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2005; Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Halle (Saale) 2006; Karl Schmitt (Hrsg.): Thüringen. Eine politische Landeskunde, Baden-Baden 2011.
 - 23 Vgl. Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004.
 - 24 Ferner die Studie von Ralph Kleimeier: Sachsen 1989/90: Von den Räten der Bezirke zum ersten frei gewählten Landtag, Magisterarbeit, Düsseldorf 1999; sowie Karl-Heinz Hajna: Länder-Bezirke-Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990, Frankfurt a. M. 1995.
 - 25 Vgl. Michael Richter: Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen 1989–1994, Dresden 2002.
 - 26 Vgl. ders.: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009.
 - 27 Vgl. Matthias Kluge: Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Leipzig 2004; Karin Urich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln u. a. 2001; ferner Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Köln/Weimar 1995.
 - 28 Vgl. exemplarisch Thomas Küttler/Jean Curt Röder (Hrsg.): Die Wende in Plauen. Eine Dokumentation, 6. Aufl., Plauen 1999; Thomas Abbe u. a.: Wir bleiben hier. Erinnerungen an den Herbst '89. Mit einer Chronik von Uwe Schwabe, Leipzig 1999; Michael Richter/Erich Sobeslavsky: Entscheidungstage in Sachsen. Berichte von Staatssicherheit und Volkspolizei über die friedliche Revolution im Bezirk Dresden. Eine Dokumentation, Dresden 1999.

Auch zum Thema Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit (Kapitel 3) überwiegen Studien zur Verfassungsgeschichte²⁹ bzw. zur Entstehung der gegenwärtigen sächsischen Verfassung.³⁰ Das Buch von Suzanne Drehwald und Christoph Jestaedt „Sachsen als Verfassungsstaat“³¹ bietet einerseits einen zuverlässigen historischen Überblick, andererseits widmet es sich ausführlich in einem kommentierenden Teil der aktuellen Verfassung des Freistaates Sachsen. Matthias Dehoust, Peter Nagel und Torsten Umbach lieferten zum 20jährigen Verfassungsjubiläum 2012 eine gut strukturierte und verständliche Erläuterung zur sächsischen Landesverfassung.³² Spezifischer sind die Arbeiten zu den sächsischen Staatszielbestimmungen von Thomas Rincke und Peter Christian Fischer.³³ Allgemeine Darstellungen der Landesverfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland bieten u. a. Martina Flick³⁴ sowie Christian Starck.³⁵ Die Funktionen und Besonderheiten in Sachsen werden – mit Ausnahme des Beitrages von Jürgen Rühmann³⁶ – vor allem im Zusammenhang der ostdeutschen Landesverfassungsgerichte behandelt.³⁷

Im Bereich des Parlamentarismus (Kapitel 4) weist die historische und politikwissenschaftliche Forschung wichtige Resultate auf.³⁸ An erster Stelle rangieren die Studien des Dresdner Politikwissenschaftlers Werner J. Patzelt. Das gilt für Deutschland³⁹

29 Siehe beispielsweise Johannes Frackowiak: Verfassungsdiskussionen in Sachsen nach 1918 und 1945, Köln 2005.

30 Vgl. Hans von Mangoldt: Entstehung und Grundgedanken der Verfassung des Freistaates Sachsen, Leipzig 1996; ders.: Grundzüge der sächsischen Verfassung, in: Siegfried Gerlach (Hrsg.): Sachsen. Eine politische Landeskunde, Stuttgart u. a. 1993, S. 221–248.

31 Suzanne Drehwald/Christoph Jestaedt (Anm. 3).

32 Matthias Dehoust/Peter Nagel/Torsten Umbach: Die sächsische Verfassung. Einführung und Erläuterung, Dresden/Leipzig 2011.

33 Vgl. Thomas Rincke: Staatszielbestimmungen der Verfassung des Freistaates Sachsen, Frankfurt a. M. 1997; Peter Christian Fischer: Staatszielbestimmungen in den Verfassungen und Verfassungsentwürfen der neuen Bundesländer, München 1994.

34 Vgl. Martina Flick: Landesverfassungsgerichtsbarkeit, in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Anm. 19), S. 237–256.

35 Vgl. Christian Starck: § 130. Verfassungsgerichtsbarkeit der Länder, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. VI, 3. Aufl., Heidelberg 2008.

36 Jürgen Rühmann: Landtag und Verfassungsgerichtshof – Vom kritischen Dialog mit dem „Hüter der Verfassung“, in: Erich Iltgen (Hrsg.): Zehn Jahre Sächsischer Landtag. Bilanz und Ausblick, Dresden 2000, S. 155–183.

37 Vgl. u. a. Hans Markus Heimann: Die Entstehung der Verfassungsgerichtsbarkeit in den neuen Ländern und in Berlin, München 2001; Christian Eggeling: Das Sondervotum in der Verfassungsgerichtsbarkeit der neuen Bundesländer, Berlin 2006.

38 Vgl. dazu Anke Rättsch: Der Sächsische Landtag in den ersten beiden Wahlperioden (1990–1999): Tätigkeit, Professionalisierung und Selbstbild seiner Abgeordneten, Dissertation an der Technischen Universität Chemnitz 2008; Karin Algasinger u. a.: Wie das Parlament die Regierung kontrolliert: Der Sächsische Landtag als Beispiel, in: Everhard Holtmann/Werner J. Patzelt (Hrsg.): Kampf der Gewalten? Parlamentarische Regierungskontrolle – gouvernementale Parlamentskontrolle, Wiesbaden 2004, S. 107–147; Erich Iltgen (Hrsg.): Zehn Jahre Sächsischer Landtag. Bilanz und Ausblick, Dresden 2000.

39 Vgl. etwa Werner Patzelt: Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wählbarkeit, Passau 1993.

schlechthin, für die ostdeutschen Länder⁴⁰ und für Sachsen⁴¹ speziell. Über die Arbeit des Sächsischen Landtages informiert zuverlässig die Schrift von Thomas Gey und Helmar Schöne.⁴² Hervorzuheben sind ferner die Dissertation von Susann Mende, die den Kompetenzverlust des Sächsischen Landtages seit 1990 im Bereich der Gesetzgebung untersucht, sowie jene von Kerstin Heinig zum Selbstauflösungsrecht des Sächsischen Landtages.⁴³ Die voranschreitende europäische Integration schwächt die Landesparlamente weiter. Das ist kein sächsisches Spezifikum. Der Sächsische Landtag gibt seit 1991 einen „Landtagskurier Freistaat Sachsen“ heraus, zuerst auf acht Seiten, später auf 20 Seiten (zehnmal im Jahr). In ihnen kommen aktuelle und historische Themen wie solche von prinzipieller Bedeutung zur Sprache.

Hingegen existieren zum Thema Regieren und Regierungen in Sachsen (Kapitel 5) kaum politikwissenschaftliche Arbeiten. Die Regierungs- und Koalitionsforschung hat sich Sachsen nur punktuell angenommen.⁴⁴ Maßgeblich ist hier die Dissertation von Timo Grunden,⁴⁵ die am Beispiel von Hessen, Sachsen-Anhalt und Sachsen die Alltagspraxis informellen Regierens analysiert, etwa das interne Politikmanagement und die gouvernementale Entscheidungsfindung in der Ära von Kurt Biedenkopf. Einen gründlichen Vergleich zum Aufbau sowie zu den Strukturen und Funktionen der Staatskanzleien in den ostdeutschen Ländern legte 1995 Otto Häußler vor.⁴⁶ Der „zugehörige“ Praxisbericht für Sachsen stammt aus der Feder von Harald Noeske.⁴⁷ Der frühere Ministerialbeamte bietet einen facettenreichen Einblick in die Organisations- und Machtstrukturen sowie die Arbeitsabläufe des sächsischen Regierungsapparats. Der Schwerpunkt seiner ebenso kritischen wie politischen Darstellung liegt auf der Staatskanzlei, der er weitgehendes Koordinierungsversagen vorwirft.

Ansonsten standen die sächsischen Ministerpräsidenten (Kapitel 6) vor allem im Mittelpunkt journalistischer Arbeiten, insbesondere Kurt Biedenkopf, der die sächsi-

40 Vgl. etwa ders.: „Seiteneinsteiger, Neulinge, Ossi ...“: Die Integration ostdeutscher Abgeordneter in „gesamtdeutsche“ Parlamente, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31 (2000), S. 542–568; ders.: Institutionenbildung anhand von „Blaupausen“: Die Neuentstehung des ostdeutschen Parlamentarismus als Beispiel, in: Astrid Lorenz (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Opladen u. a. 2011, S. 261–292.

41 Vgl. etwa ders.: *Landesparlamentarismus in Deutschland: Sachsen*, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Anm. 19), S. 509–548.

42 Vgl. Thomas Gey/Helmar Schöne: *So arbeitet der Sächsische Landtag*, Rheinbreitbach 2011.

43 Vgl. Susann Mende: *Kompetenzverlust der Landesparlamente im Bereich der Gesetzgebung. Eine empirische Analyse am Beispiel des Sächsischen Landtages*, Baden-Baden 2010; Kerstin Heinig: *Das Selbstauflösungsrecht des Sächsischen Landtages*, Frankfurt a. M. u. a. 2008.

44 Etwa Eckhard Jesse/Thomas Schubert: *Koalitionen in Sachsen – Regierungskonstellationen und Bündnispolitik im Hegemonialparteiensystem 1990–2010*, in: Julia Oberhofer/Roland Sturm (Hrsg.): *Koalitionsregierungen in den Ländern und Parteienwettbewerb*, München 2010, S. 115–143.

45 Timo Grunden: *Politikberatung im Innenhof der Macht. Zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten*, Wiesbaden 2009.

46 Vgl. Otto Häußler: *Die Staatskanzleien der Länder. Aufgaben, Funktionen, Personal und Organisation unter Berücksichtigung des Aufbaus in den neuen Ländern*, Baden-Baden 1995.

47 Vgl. Harald Noeske: *Regieren in Sachsen*, Dresden 2012.

sche Politik (im ersten Jahrzehnt nach der deutschen Einheit) bestimmt hat – mehr als Georg Milbradt und Stanislaw Tillich.⁴⁸ Um Tillich gab es eine heftige Auseinandersetzung wegen seiner CDU-Vergangenheit in der DDR, besonders um seinen Umgang damit.⁴⁹ Personen prägen neben anderen Faktoren die Identität eines Landes. Hier mangelt es an wissenschaftlich fundierten Studien, etwa an politikwissenschaftlichen Biografien. Eine erfrischende Ausnahme bietet das kurze Porträt des Parteienforschers Matthias Micus über den „Landesvater“ Kurt Biedenkopf.⁵⁰ Vergleichende Analysen kommen indes zu kurz. Das gilt in doppelter Hinsicht – zwischen den Ministerpräsidenten in Sachsen⁵¹ und zwischen denen in Deutschland⁵².

Ebenso sind Studien zu Wahlen und Wahlverhalten (Kapitel 7) im Freistaat Sachsen bis heute Mangelware. Dieser Befund überrascht. An der fehlenden Existenz von Daten liegt es nicht. Abgesehen von einigen historischen Arbeiten⁵³ und ausführlichen politikwissenschaftlichen Analysen der Landtagswahlkämpfe nach 1990,⁵⁴ die weithin auch Wahlverhalten und Wahlergebnisse untersuchen, fehlt es an einer wissenschaftlichen Gesamtbetrachtung.⁵⁵ Es dominieren kurze Einzelanalysen in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen*⁵⁶ oder spezifische Fallanalysen als Bestandteil bundesweit vergleichender

48 Vgl. Alexander Wendt: Kurt Biedenkopf. Ein politisches Portrait, Berlin 1994; Peter Köpf: Der Querdenker Kurt Biedenkopf. Eine Biografie, Frankfurt a. M. 1999. Eher polemisch Michael Bartsch: Das System Biedenkopf. Der Hof-Staat Sachsen und seine braven Untertanen oder: Wie in Sachsen die Demokratie auf den Hund kam, Berlin 2002.

49 Vgl. etwa die scharfe Kritik von Uwe Müller/Grit Hartmann: Vorwärts und vergessen. Kader, Spitzel und Komplizen. Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 104–128.

50 Vgl. Matthias Micus: Kurt Biedenkopf – General bei Kohl, König in Sachsen, in: Robert Lorenz/ders. (Hrsg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 81–114.

51 Eine analoge Studie wie die von Mike Schmeitzner/Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006 dürfte noch lange auf sich warten lassen.

52 Vgl. ansatzweise unter rechtlichen Aspekten Anne-Louise Schümer: Die Stellung der Ministerpräsidenten in den Bundesländern im Vergleich, Frankfurt a. M. 2006; und (mit dem Schwerpunkt auf Bayern) Peter März: Ministerpräsidenten, in: Herbert Schneider/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006, S. 148–184.

53 Vgl. exemplarisch Simone Lässig: Wahlrechtskampf und Wahlreform in Sachsen (1895–1909), Köln/Weimar 1996; dies.: Reichstagswahlen im Königreich Sachsen 1871–1912, Leipzig/Dresden 1998; Gerhard A. Ritter: Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen 1867–1914, in: Ders. (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, München 1990, S. 49–101.

54 Vgl. Thomas Schubert: Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990–2004, Wiesbaden 2011; Judith Müller: Politische Inszenierung in Landtagswahlkämpfen. Ein akteursorientierter Vergleich der Kampagnenkommunikation zur sächsischen Landtagswahl 2004, Baden-Baden 2011.

55 Eine instruktive Einführung für die politische Bildung bietet Werner Rellecke: Wahlen in Sachsen, Dresden 2009.

56 Vgl. zuletzt Eckhard Jesse: Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41 (2010), S. 322–339.

Forschungsprojekte.⁵⁷ Nicht nur die Frage, ob die (Landtags-)Wahlen in Sachsen stärker durch bundes- oder durch landespolitische Einflüsse geprägt sind, bedarf weiterer Untersuchungen.

Hingegen ist der Forschungsstand über die verwandte Thematik Parteien und Parteiensystem (Kapitel 8) nicht zuletzt wegen der zahlreichen sächsischen Besonderheiten deutlich besser. Als erste präsentierten die Dresdner Politologen Werner J. Patzelt und Karin Algasinger Mitte der 1990er Jahre eine kurze Bestandsaufnahme des sächsischen Parteiensystems und damit verbundener Interessenvermittlungsstrukturen.⁵⁸ Später analysierte Ulrich Brümmer in seiner Dissertation das sächsische Parteiensystem anhand dessen elektoraler und gouvernementaler Dimension. Er liefert ein umfassendes Bild zu Kontinuität, Wandel und Eigenheiten.⁵⁹ Bietet das Sammelwerk von Christian Demuth und Jakob Lempp detaillierte Studien zu den relevanten Akteuren,⁶⁰ porträtieren Gero Neugebauer und Werner Rellecke die sächsische Parteienlandschaft im Rahmen vergleichend angelegter Sammelbände.⁶¹ Zuletzt legte Falk Illing eine gründliche Gesamtbetrachtung zur sächsischen FDP nach 1990 vor.⁶²

In den Bereichen Verwaltung (Kapitel 9) sowie Kommunalpolitik und Kommunale Selbstverwaltung in Sachsen (Kapitel 10) sind zunächst neben verwaltungshistorischen Arbeiten etwa von Karlheinz Blaschke⁶³ oder Überblicksstudien zur sächsischen Verwaltungsstruktur, -kultur und -transformation⁶⁴ auch spezialisierte Arbeiten zu nennen. Die neue Fallstudie von Alexander Löscher untersucht die (begrenzte) Innovation im Bereich der Ministerialverwaltung.⁶⁵ Im Zentrum vieler Abhandlungen steht indes die Frage der Verwaltungsreform – so bei Jens Baumann,⁶⁶ der sich am sächsischen Beispiel der Bestimmung der Kreissitze bei Kreisgebietsreformen und den Optionen eines

57 Vgl. Anja Mays: Bundespolitische Effekte oder regionale Besonderheiten? Zum Einfluss der Bundespolitik auf die sächsischen Landtagswahlen, in: Kerstin Völkl u. a. (Hrsg.): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 361–380.

58 Vgl. Werner J. Patzelt/Karin Algasinger: Das Parteiensystem Sachsens, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 237–262.

59 Vgl. Ulrich Brümmer (Anm. 12).

60 Vgl. Christian Demuth/Jakob Lempp (Hrsg.): Parteien in Sachsen, Dresden/Berlin 2006.

61 Vgl. Gero Neugebauer: Das Parteiensystem Sachsens, in: Uwe Jun u. a. (Anm. 19), S. 386–408; Werner Rellecke: Sachsen – vom „roten“ Königreich zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem, in: Andreas Kost u. a. (Hrsg.): Parteien in den deutschen Ländern, München 2010, S. 341–359.

62 Vgl. Falk Illing: Auf dem Weg zur etablierten Partei? Wahlenanalyse, Organisation, Programmatik und Strategie der FDP seit 1990, Wiesbaden 2013.

63 Vgl. Uwe Schirmer/André Thieme (Hrsg.): Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze von Karlheinz Blaschke, Leipzig 2002.

64 Vgl. exemplarisch Klaus Weber: Transformation und öffentliche Verwaltung, in: Konstantin Hermann (Anm. 21), S. 93–102; Hans G. Krone: Die Bedeutung der Verwaltungskultur. Eine Kulturanalyse zur Wirtschaftsförderpolitik in der sächsischen öffentlichen Verwaltung, Osnabrück 2003.

65 Alexander Löscher: Informationstechnik in der Ministerialverwaltung: Routine oder Innovation? Fallstudie „Sax IB“, Dissertation an der Technischen Universität Chemnitz 2013.

66 Vgl. Jens Baumann: Handlungsstrategien im Rahmen der Kreisgebietsreform – am Beispiel von Kreissitzbestimmung und Zentralitätsausgleich im Freistaat Sachsen, Dresden 2005.

Verlustrausgleichs widmet. Baumann zeichnet ein gründliches, die Handlungsstrategien wie Machtpotenziale beleuchtendes Bild vom Reformprozess und rezipiert zahlreiche andere Arbeiten zu diesem Thema. Über die zweite Kreisgebietsreform handelt der informative Band von Ralf Brinktrine.⁶⁷ Ein detailreiches (leider veraltetes) Überblickswerk zu den Themengebieten ist Manfred Schleers „Kommunalpolitik in Sachsen“. Es gibt nicht nur strukturelle Informationen, sondern erörtert auch anhand von Umfragedaten die Selbsteinschätzung von Bürgermeister*innen und Landrät*innen.⁶⁸ Der Wandel in der sächsischen Kommunalpolitik seit 1990 ist enorm – u. a. bedingt durch die Gebiets- und Funktionalreformen, den notorischen Geldmangel und die sinkende politische Partizipation.⁶⁹ Die Dokumentation „Aufbruch in die Demokratie“, die sich nicht nur auf Sachsen bezieht, vermittelt einen anschaulichen Eindruck vom Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den ostdeutschen Ländern.⁷⁰

Zum Thema Sachsen im Bund und in der Europäischen Union (Kapitel 11) eignen sich einerseits generalisierende Schriften wie jene von Roland Sturm und Heinrich Pehle.⁷¹ Für die Analyse des „sächsischen Weges“ sind andererseits spezifische Arbeiten zur Rolle der Länder bzw. des Freistaates im Bundesrat sowie zu den Landesvertretungen bzw. der sächsischen Vertretung im Bund unverzichtbar. Erstgenannte bieten u. a. als Überblick Ulrich Eith/Markus B. Siewert⁷² und Sven Leunig⁷³; letztgenannte finden sich bei Klemens H. Schrenk⁷⁴ und (aus historischer Perspektive) bei Fred J. Heidemann.⁷⁵ Die Vertretungen der Länder bei der EU sind ebenfalls gut erforscht, so u. a. bei Christian Burgsmüller und Martin Große Hüttmann/Michèle Knodt.⁷⁶ Dagegen wurde

67 Vgl. Ralf Brinktrine (Hrsg.): Rechtsfragen der Kreisgebiets- und Verwaltungsreform 2008 in Sachsen, Berlin 2009.

68 Manfred Schleer: Kommunalpolitik in Sachsen. Bürger, Politiker und Verwaltungen in Gemeinden, Städten und Landkreisen, Dresden 2003.

69 Vgl. zusammenfassend Annette Rehfeld-Staudt/Werner Rellecke: Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen, in: Andreas Kost/Hans-Georg Wehling (Anm. 19), S. 282–306.

70 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Aufbruch in die Demokratie. Erfahrungen und Berichte aus ostdeutschen Kommunen nach der Kommunalwahl im Mai 1990, Berlin 2011.

71 Vgl. Roland Sturm/Heinrich Pehle: Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Wiesbaden 2012.

72 Vgl. Ulrich Eith/Markus B. Siewert: Das „unechte“ Unikat: der Deutsche Bundesrat, in: Gisela Riescher u. a. (Hrsg.): Zweite Kammern, 2. Aufl., München 2010, S. 97–125.

73 Vgl. Sven Leunig: Der deutsche Bundesrat: Einzigartig, einflussreich, aber nicht unumstritten, in: Ders. (Hrsg.): Handbuch Föderale Zweite Kammern, Opladen/Farmington Hills 2009, S. 95–113.

74 Vgl. Klemens H. Schrenk: Die Vertretungen der Länder beim Bund, in: Ders./Markus Soldner (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme, Wiesbaden 2010, S. 359–374.

75 Vgl. Fred J. Heidemann: Sachsen Vertretungen. Von den Kurfürstlich-Sächsischen Gesandtschaften zur Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund, Dresden 2008.

76 Vgl. Christian Burgsmüller: Die deutschen Länderbüros in Brüssel – verfassungswidrige Nebenaußenpolitik oder zeitgemäße Ausprägung des Föderalismus?, Aachen 2003; Martin Große Hüttmann/Michèle Knodt: „Diplomatie mit Lokalkolorit“: Die Vertretungen der deutschen Länder in Brüssel und ihre Aufgaben im EU-Entscheidungsprozess, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2006, Baden-Baden 2006, S. 595–605.

Sachsens Verbindungsbüro in Brüssel und die Rolle des Freistaates im europäischen Ausschuss der Regionen von der (Politik-)Wissenschaft bislang kaum gewürdigt. Neben den (knappen) Selbstdarstellungen durch den Freistaat sind die Beiträge von Roger Mackeldey⁷⁷ und die Dissertation von Marzena Schöne⁷⁸ erwähnenswert.

Das Thema Medien in Sachsen (Kapitel 12) ist kommunikations- und politikwissenschaftlich eher ein „ostdeutscher“ Gegenstand. So dominiert etwa in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Rolle der heutigen ostdeutschen/sächsischen Tageszeitungen und Rundfunkmedien (inklusive der dort arbeitenden Journalisten) während der Zeit der SED-Diktatur der vergleichende Blick.⁷⁹ Ansonsten spielt die heutige ostdeutsche Presse- und Rundfunklandschaft in Überblickswerken häufig eine (Neben-)Rolle,⁸⁰ die einzige aktuelle Gesamtdarstellung zu Sachsen bietet Peter Stawowy.⁸¹ Seine kurze Schrift für die politische Bildung schneidet die wichtigsten Gattungen an und wendet sich auch der Medienpolitik im Freistaat zu. Kompetente Einzelstudien zu Medien und Medienwirkung in Sachsen entstammen dem Institut für Kommunikationswissenschaft an der Technischen Universität Dresden um Wolfgang Donsbach,⁸² ebenso der Fakultät Medien der Hochschule Mittweida um Otto Altendorfer.⁸³

Die Dauerthemen Sozialstruktur und Demografie (Kapitel 13) sind in den vergangenen Jahren im Bundesmaßstab wie auf der Landesebene umfassend untersucht worden. Vor allem die vom Statistischen Bundesamt⁸⁴ und von den statistischen Landesämtern⁸⁵ erhobenen Daten zeichnen ein detailliertes Bild der Bevölkerungsentwicklung, ihren Prognosen und den Dimensionen sozialer Schichtung und Ungleichheit. Diese stellen

77 Vgl. Roger Mackeldey: Alte Bindungen wieder neu? Sachsens Beziehungen in Europa, in: Konstantin Hermann (Anm. 21), S. 159–169.

78 Vgl. Marzena Schöne: Bedeutung, Typologie und Entwicklungsperspektiven der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Euroregionen, Dissertation, Dresden 2006.

79 Vgl. etwa Beate Schneider/Dieter Stürzebecher (Hrsg.): Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1998; Stefan Pannen: Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992.

80 Vgl. etwa Hermann Meyn/Jan Tonnemacher: Massenmedien in Deutschland, 4. Aufl., Konstanz 2012.

81 Peter Stawowy: Medien in Sachsen, Dresden 2011.

82 Vgl. etwa Wolfgang Donsbach u. a.: Lokales Kabelfernsehen in Sachsen, in: Otto Altendorfer/Kurt-Ulrich Mayer (Hrsg.): Sächsisches Medienjahrbuch 1998/1999, Leipzig 1999, S. 250–256; ders. u. a.: Lokal-TV zwischen Heimat- und Regionalfernsehen. Anbieter und Nutzer des privaten Lokalfernsehens Sachsens, Berlin 1999; Robert Rudzok: Berichterstattung über die NPD in Sachsen. Eine vergleichende Inhaltsanalyse der sächsischen regionalen Tageszeitungen im Vorfeld der Landtagswahlen 1999, 2004 und 2009, Magisterarbeit, Dresden 2010; Nils Thiedemann: Der publizistische Konflikt um die DDR-Vergangenheit des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, Magisterarbeit, Dresden 2010.

83 Etwa Otto Altendorfer/Kurt-Ulrich Mayer (Hrsg.): Sächsisches Medienjahrbuch 1998/1999, Leipzig 1999; Otto Altendorfer/Ludwig Hilmer/Klaus Liepelt: Lokalfernsehen in Sachsen 2003. Relevanz – Resonanz – Akzeptanz, Mittweida 2004; dies.: Funkanalyse Sachsen 2006, Mittweida 2007.

84 Siehe im Einzelnen Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Statistische Jahrbücher 1990–2011, Wiesbaden 1991–2012; ders. (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Wunsch oder Wirklichkeit, Wiesbaden 2010.

85 Siehe Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.): Statistische Jahrbücher Sachsen 1990–2011, Kamenz 1991–2012.

die Grundlage soziologischer Arbeiten dar, von denen bei komparativen Studien der Ost-West-Vergleich einen größeren Rang einnimmt als die Differenzierung nach Ländern.⁸⁶ Dagegen sind politikwissenschaftliche Schriften wie von Klaus Schroeder⁸⁷ oder Claus Leggewie⁸⁸ die Ausnahme; für Sachsen fehlen sie. Zudem gibt es Nachholbedarf an Studien zum demografischen Steuerungspotenzial der Landesregierungen, speziell der sächsischen.⁸⁹

Arbeiten zur politischen Kultur (Kapitel 14) in Deutschland gibt es wie Sand am Meer.⁹⁰ Vor allem die regelmäßigen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeichnen ein umfassendes Bild deutscher „Befindlichkeiten“ seit 1947.⁹¹ Auch der Ost-West-Vergleich ist seit der deutschen Einheit Gegenstand zahlreicher Analysen.⁹² Anders sieht es mit Blick auf vergleichende Untersuchungen der politischen Kulturen der Länder aus.⁹³ Zwar existieren – auch für Sachsen – Daten zu den politischen Einstellungen der Landesbevölkerungen, doch fehlt es den Erhebungen an vergleichenden Forschungsdesigns. So mangelt es an „Monitoren“ wie in anderen Bundesländern (z. B. „Thüringen Monitor“). Für Sachsen verstärkt sich die Problematik wegen unvollständiger Zeitreihen, vor allem nach der Einstellung der von der Sächsischen Staatskanzlei regelmäßig in Auftrag gegebenen Bevölkerungsbefragungen durch das Emnid-Institut

86 Vgl. statt vieler Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 6. Aufl., Wiesbaden 2010; Insa Cassens u. a. (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden 2009; Johannes Huinink/Torsten Schröder: Sozialstruktur Deutschlands, Stuttgart 2008.

87 Vgl. Klaus Schroeder: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – eine Wohlstandsbilanz. Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Berlin 2009.

88 Vgl. Claus Leggewie: Veröstlichung oder: Vom Zäsur- zum Differenzbewusstsein, in: Eckhard Jesse/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Neues Deutschland. Eine Bilanz nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2008, S. 15–25.

89 Vgl. hierzu für Sachsen nur die Eigendarstellungen aus den Landesministerien von Bernhard Müller: Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Konsequenzen für Raumentwicklung und Raumplanung, in: Georg Milbradt/Johannes Meier (Hrsg.): Die demographische Herausforderung – Sachsens Zukunft gestalten, Gütersloh 2004, S. 141–157 und der Expertenkommission „Demografischer Wandel in Sachsen“: Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen, Dresden 2006.

90 Vgl. statt vieler Bettina Westle/Oscar W. Gabriel: Politische Kultur. Eine Einführung, Baden-Baden 2009.

91 Vgl. zuletzt Renate Köcher (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009, Bd. 12, Berlin/New York 2009.

92 Vgl. u. a. Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 81–113; ders.: Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2007), S. 540–552; Gert Pickel: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002; Oskar Niedermayer: Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40 (2009), S. 383–397.

93 Vgl. nur Tom Mannewitz: It's the region, stupid. Deutschlands politische Kultur nach der staatlichen Einheit, in: MUT 47 (2012) 10, S. 60–69.

(1990–2006).⁹⁴ Seitdem werden sporadisch, kaum auf das Material von vor 2006 bezogene Daten erhoben.⁹⁵ Vereinzelte Arbeiten zu den Besonderheiten der Regionalkultur in Sachsen liefern Wolfgang Fach u. a., Wolfgang Lutz und André Thieme.⁹⁶

Zu guter Letzt widmen sich einige Studien dem politischen Extremismus und dem Demokratieschutz in Sachsen (Kapitel 15). Das Thema Extremismus spielt in Deutschland nicht zuletzt aufgrund der doppelten Last der Vergangenheit eine tragende Rolle. Die regionale Orientierung kommt dabei oft zu kurz. Der Rechtsextremismus steht, was Ostdeutschland⁹⁷ und speziell Sachsen betrifft, im Vordergrund. So hat Henrik Steglich nach dem (ersten) Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag die Ursachen für ihren Erfolg untersucht.⁹⁸ Die empirische Studie von Uwe Backes, Matthias Mletzko und Jan Stoye analysiert die extremistische Konfrontationsgewalt in Sachsen und Nordrhein-Westfalen, wobei die Autoren zwischen der „expressiven“ (von rechts) und der „instrumentellen“ Gewalt (von links) unterscheiden.⁹⁹ Der Vergleich zwischen dem harten Extremismus der NPD und dem weichen der PDS bzw. der Linken fällt oft unter den Tisch,¹⁰⁰ abgesehen vom „Sächsischen Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“¹⁰¹, das entgegen der Intention bisher keine Fortsetzung erfuhr, und den ebenfalls vom Landesamt für Verfassungsschutz herausgegebenen Verfassungsschutzberichten. Diese haben sich im Umfang mehrfach geändert. Der sächsische Verfassungsschutz gibt eine Vielzahl an Schriften zu den unterschiedlichsten Formen des Extremismus heraus.

94 Vgl. Emnid-Institut: Politbarometer Freistaat Sachsen, 1. bis 29. Welle, Bielefeld 1991–2006.

95 Vgl. Aproxima-Agentur: Sachsen im Spiegel der Bevölkerungsmeinung, Weimar 2008–2010; Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.): Sachsen im Spiegel der Bevölkerung. tns-emnid-Umfrage Frühjahr 2012, Dresden 2012.

96 Wolfgang Fach u. a.: Regionsbezogene Identifikationsprozesse. Das Beispiel „Sachsen“ – Konturen eines Forschungsprogramms, in: Heinz-Werner Wollersheim u. a. (Hrsg.): Region und Identifikation, Leipzig 1998, S. 1–32; Wolfgang Lutz: Region als Programm. Zur Konstruktion „sächsischer Identität“ im politischen Diskurs, Baden-Baden 2002; André Thieme: Sächsische Mythen und sächsische Mentalitäten. Historische Anmerkungen zu Landesbewusstsein und Identität in Sachsen, in: Konstantin Hermann (Anm. 21), S. 13–27; ferner ausführlicher Matthias Donath/André Thieme (Hrsg.): Sächsische Mythen. Elbe – August – Eierschecke, Leipzig 2012.

97 Vgl. etwa Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwabach/Ts. 2010.

98 Vgl. Henrik Steglich: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs, 2. Aufl., Göttingen 2006; eine Reihe von Beiträgen bezieht sich in dem folgenden Sammelband auch auf die sächsische NPD: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.

99 Vgl. Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010.

100 Vgl. als eine der Ausnahmen Eckhard Jesse: Extremismus in Sachsen, Ist unsere Demokratie in Gefahr?, Dresden 2005.

101 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen, Dresden 2009.

3 Aufbau zur „Politik in Sachsen“

Der Band beschreibt, analysiert, vergleicht und bewertet in 14 Kapiteln das politische System Sachsens, eingerahmt von einer Einleitung und einer Schlussbetrachtung, in denen die Frage nach dem „sächsischen Weg“ aufgeworfen und beantwortet wird. Der Aufbau der Kapitel entspricht folgender Systematik: Jedem Teilbereich steht zunächst eine allgemeine Einordnung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland voran. Dem schließen sich spezifische Unterkapitel zu politischen Strukturen, Prozessen, Akteuren und (am Rande) Inhalten an. Die deskriptiven wie analytischen Schwerpunkte fallen dabei unterschiedlich aus, die Vorgehensweise reicht von chronologisch bis fallbezogen. Ein vergleichender Blick auf eventuelle „sächsische Wege“ rundet jedes Kapitel ab. Ein solches Buch hat selbstverständlich Lücken. So kommen wegen der hier besseren Literaturlage landeskundliche und landeshistorische Aspekte eher am Rande vor, zumal sie für die politischen Strukturen des Freistaates weniger wichtig sind. Ferner wird aus Kapazitätsgründen auf eine Analyse der Politikfelder („Policy“) weithin verzichtet.¹⁰² Im Vordergrund stehen daher die Dimensionen der „Polity“ (der „Rahmen“ der Politik) und der „Politics“ (der „Prozess“ der Politik).

Kapitel 2 wendet sich der friedlichen Revolution 1989 und der Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Jahr 1990 zu. Das heutige Sachsen, bekanntermaßen „Kernland“ der friedlichen Revolution, war seinerzeit im mehrfachen Sinne Vorreiter. Teile seiner Bevölkerung bildeten die „Speerspitze“ der revolutionären Bewegung in der DDR. Die Leipziger, Dresdner und Plauener Massendemonstrationen gegen die SED-Diktatur wirkten als Initialzündung für ein republikweites Aufbegehren. Daneben forcierten die Vorgänge im Südosten der DDR maßgeblich den Prozess der deutschen Einheit. Sächsische Bürgerrechtler verlangten weniger einen „dritten Weg“ als anderswo. Sachsens Wiedergründung als Freistaat war zuerst eine frühe Forderung der Bürgerrechtler und danach deren wichtigstes, von ihnen vorangetriebenes und beeinflusstes Unterfangen. Hier unterscheidet sich Sachsen von anderen ostdeutschen Ländern.

Unmittelbar damit verbunden war die Entstehung der Sächsischen Verfassung, die am 6. Juni 1992 als erste der neuen ostdeutschen Konstitutionen in Kraft trat: das Ergebnis einer Demokratisierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Nicht nur Reisefreiheit und „Westgeld“ stellten die Triebkräfte der friedlichen Revolution dar, sondern zugleich auch die Rufe nach den konstitutionellen Grundlagen eines demokratischen Verfassungsstaates. Den verfassungsgebenden Prozess, welche Entwürfe und Konflikte zur Verhandlung standen und welche politisch-gesellschaftlichen Kontroversen die Verfassungsentstehung begleiteten, erörtert Kapitel 3. Ferner stellt es neben grundsätzlichen Fragen der (Glieder-)Staatlichkeit der Länder im föderalen System sowie den allgemeinen Aufgaben und Funktionen von Landesverfassungen die Inhalte der sächsischen

¹⁰² Vergleichende Länderanalysen zu Politikfeldern bieten besonders Achim Hildebrandt/Frieder Wolf (Anm. 19).

Verfassung dar – es fragt zudem nach deren Besonderheiten und erörtert die Zusammensetzung, Organisation sowie Aufgaben des Verfassungsgerichtshofes.

Dessen Mitglieder, turnusgemäß vom Sächsischen Landtag gewählt, der Volksvertretung im Freistaat Sachsen, wachen u. a. über die Einhaltung der Gesetze. Kapitel 4 präsentiert nach einem Überblick zu den Parlamenten in den deutschen Ländern die Strukturen, Arbeitsweisen und Funktionen des sächsischen Parlamentes, das als Herzstück der politischen Willensbildung gilt, wobei die Auszehrung der Kompetenzen zur Sprache kommt. In einem parlamentarischen Regierungssystem wie dem Sachsens verläuft bekanntlich die Grenze zwischen den Mehrheitsfraktionen sowie der Regierung auf der einen Seite und der parlamentarischen Opposition auf der anderen Seite. Die Rolle der Abgeordneten wird ebenso oft missverstanden wie die Arbeitsweise des Landtages. Vorurteile über „die“ Politiker sind auch im Freistaat weit verbreitet.

Von der regierungstragenden Mehrheit im Landtag ist die Staatsregierung in ihrem Bestand und in ihrer Arbeitsweise abhängig. Die parlamentarische Opposition hingegen kritisiert und kontrolliert die Regierung. Kapitel 5 ordnet die Staatsregierung in das sächsische Institutionengefüge ein und beleuchtet die formelle Ausgestaltung der Regierungsarbeit wie die Ressortverteilung. Anschließend zeichnet es die Phasen des Regierens in Sachsen chronologisch nach. Im Mittelpunkt stehen die zentralen Regierungsakteure, die Rolle der Parteien, die Spezifika der Einparteienmehrheitsregierung 1990 bis 2004 und die Arbeit der schwarz-roten (2004–2009) sowie der schwarz-gelben (seit 2009) Koalitionen. In diesem Bereich gibt es diverse sächsische Spezifika, denn die Partner im Bündnis konnten aufgrund ihrer Schwäche kaum eigenständige Akzente setzen.

Von herausgehobenem Stellenwert waren stets die Regierungschefs. Als einziger Regierungsvertreter direkt vom Sächsischen Landtag gewählt, statuiert der Ministerpräsident nicht nur die Richtlinien der hiesigen Politik. Neben seiner dominanten Funktion von Amts wegen bestimmen vor allem das persönliche Politikverständnis über Einfluss und Macht des Regierungschefs. Kapitel 6 stellt zunächst Politik- und Amtsfunktionen des sächsischen Ministerpräsidenten dar, danach eine Reihe von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der drei bisherigen Amtsinhaber (Kurt Biedenkopf, Georg Milbradt, Stanislaw Tillich). Jeder von ihnen setzte Akzente. Kurt Biedenkopf („König Kurt“) prägte dieses Amt wie kaum ein Regierungschef in einem anderen deutschen Flächenstaat – nicht nur wegen der langen Amtsdauer, sondern auch wegen seiner beachtlichen Gestaltungskraft und seines stark auf die eigene Person ausgerichteten Regierungsstils.

Die unangefochtene christdemokratische Regierungsführerschaft basiert in großen Teilen auf der Stärke der CDU, ebenso auch auf der Schwäche der SPD bei den Landtagswahlen. Die Analyse der Wahlen (Kapitel 7) in Sachsen rückt das Wahlsystem, die Wahlergebnisse und das Wahlverhalten ins Zentrum. Der Blick richtet sich auf den deutschen Kontext, danach ausführlich auf die sächsischen Wahlergebnisse. Die Analyse des personalisierten Verhältniswahlsystems nach Repräsentation, Konzentration, Partizipation, Einfachheit und Legitimität sowie jene der sächsischen Struktur- und Verhaltens-

muster des Wählens sollen die Frage nach einem „sächsischen Weg“ beantworten helfen. Im Mittelpunkt stehen die Landtagswahlen. Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen haben ergänzenden Charakter.

Gleichermaßen Produkt wie Multiplikator des Wahlverhaltens im Freistaat Sachsen ist das sächsische Parteiensystem. Anhand der Zahl der Parteien, ihres gewichteten Größenverhältnisses, des Machtverhältnisses zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionslager, der Veränderung der Stimmenanteile der Parteien sowie ihrer ideologischen Distanz und Koalitionsfähigkeit zeichnet Kapitel 8 die Entstehung des sächsischen Parteiensystems in den Jahren 1989/90 sowie (phasenweise) dessen seitherige Entwicklung nach. Von 1994 bis 2004 gab es ein Dreiparteiensystem, seit 2004 gibt es ein Sechsparteiensystem, was die parlamentarische Vertretung der Parteien betrifft. Danach folgt eine Analyse zu den individuellen Akteurs- und Wettbewerbsstrukturen des sächsischen Hegemonialparteiensystems. Beide Perspektiven ermöglichen eine Antwort auf die Frage nach dem bereits von Ulrich Brümmer behaupteten „sächsischen Weg“.

Landespolitik ist zu großen Teilen mit Verwaltungsfragen befasst. Kapitel 9 umreißt zunächst die föderale Verwaltungsgliederung sowie die Funktionen und Kompetenzen der staatlichen und kommunalen Verwaltung in Deutschland. Bevor es sich den Strukturen und Kompetenzen der sächsischen Verwaltung widmet, erörtert das Kapitel deren Neuorganisation und Reform nach 1990: beginnend bei der Wiedereinrichtung einer demokratisch legitimierten öffentlichen Administration nach 1990 bis hin zu den andauernden Gebiets- und Funktionalreformen. Im Vordergrund steht die Frage nach den Strukturen und Funktionen sowie nach Kontrolle und Steuerung, weniger die nach den Ergebnissen oder der Effizienz des Verwaltungshandelns. Vergleichende Aussagen aus politikwissenschaftlich-systemischer Perspektive fallen daher für dieses Themenfeld schwer, eine Antwort auf die Frage nach einem „sächsischen Weg“ bleibt gleichwohl nicht aus.

Eng damit verbunden sind die Kommunalpolitik und die Kommunale Selbstverwaltung. Kapitel 10 wählt einen historischen Zugang, um die aktuelle politische Entwicklung der Kommunalen Selbstverwaltung im Freistaat Sachsen nachzuvollziehen. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf den Partizipationsrechten des Einzelnen an der politischen Gestaltung der örtlichen Verhältnisse. Dabei vermag der Vergleich zu zeigen, in welcher Tradition die gegenwärtige Kommunale Selbstverwaltung steht. Abgesehen von der Zeit der NS- und SED-Diktatur gab es für die Regelungen der politischen Verhältnisse in den sächsischen Kommunen stets länderspezifische Festlegungen. Insofern ist bei der Analyse der Kommunalpolitik der Schluss von „allgemein deutschen“ Verhältnissen auf „konkret sächsische“ nicht angebracht. Ein „sächsischer Weg“ kann sich allenfalls aus der Tradition einer eigenen sächsischen Entwicklung herausgebildet haben.

Für die Politik im Freistaat Sachsen spielt die Bundes- sowie die Europaebene eine immer größere Rolle. Einerseits schränkt dies die Eigenständig- und Gestaltungsfähigkeit der Länder ein, andererseits bedeutet es zusätzliche Kompetenzen und Pflichten. Kapitel 11 erörtert das Verhältnis Sachsens zum bundesdeutschen Föderalismus und

zur EU. Das Spannungsverhältnis von Selbstständigkeit und Politikverflechtung gilt es erstens für die gesamtdeutsche Situation zu beleuchten, zweitens auf Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Ländern hin zu untersuchen, drittens mit Blick auf sächsische Spezifika zu berücksichtigen. Dafür wird die Situation der Länder im Bund und in der EU behandelt, die Rolle des Freistaates im Bundesrat und im Ausschuss der Regionen der EU erörtert sowie ein Blick auf die sächsischen Vertretungen in Berlin und Brüssel geworfen. Den Abschluss bildet die obligatorische Frage nach einem tatsächlichen oder vermeintlichen „sächsischen Weg“.

Kapitel 12 gibt einen Einblick in die sächsische (politische) Medienlandschaft. Nach einer Darstellung wichtiger Strukturen und Nenngrößen der Massenmedien in Deutschland informiert es über die Presse- und die Rundfunklandschaft in Sachsen. Schließlich soll anhand von drei anschaulichen Fallbeispielen das (mitunter gespannte) Verhältnis von Medien und Politik im Freistaat Sachsen ebenso erörtert werden wie die Frage nach dem „sächsischen Weg“: der „Fall Joseph“, als Sebnitzer Bürger in den medialen Verdacht gerieten, am Tod eines ausländischen Kindes nicht unbeteiligt gewesen zu sein; die Rolle der Medien beim Rückzug Kurt Biedenkopfs als Ministerpräsident; die Informationspolitik der Staatskanzlei und ihren Umgang mit Journalisten. Gibt es hier „sächsische Wege“?

Eines der gravierendsten gesellschaftlichen und politischen Probleme in Sachsen ist der Bevölkerungsrückgang. Kapitel 13 rückt neben den demografischen Indikatoren die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen sowie soziale Schichten und Milieus seit 1990 ins Zentrum. Ferner untersucht es, welche Auswirkungen sich aus den soziostrukturellen Veränderungen im Freistaat ergeben und welche landespolitischen Steuerungsversuche erfolgen. Die Probleme, die aus dem Rückgang der Bevölkerungszahl resultieren, sind offenkundig. Ob die demografische und soziostrukturelle Entwicklung im Freistaat Sachsen mittlerweile mehr dem gesamtdeutschen oder eher dem ostdeutschen Bild entspricht, oder ob sich wegen grundsätzlicher Unterschiede von einer spezifisch sächsischen Entwicklung sprechen lässt, steht abschließend zur Diskussion.

Wer 24 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR über den Stand der inneren Einheit Deutschlands debattiert, stößt vor allem beim Thema politische Kultur auf unterschiedliche Antworten (Kapitel 14). Hielten die einen solche Diskussionen bereits nach einem Jahrzehnt für überflüssig, sei doch ein Mindestmaß an Übereinstimmungen gegeben, wiesen andere Autoren auf beträchtliche mentale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hin. Beide Aussagen stimmen – trotz ihrer Gegensätzlichkeit. Angeglichene und sich unterscheidende Einstellungen und Werthaltungen gilt es im Ost-West-Vergleich zu betrachten und anschließend für Sachsen aufzuzeigen. Entspricht die politische Kultur im Freistaat eher ost- oder gesamtdeutschen Werthaltungen? Welche Rolle spielen regionale Prägungen? Sehen sich die Sachsen eher als Deutsche, Ostdeutsche, Sachsen oder z. B. als Vogtländer bzw. Erzgebirger? Muss das Eine das Andere ausschließen?

Die sächsische politische Kultur, von den Folgewirkungen der autoritären Strukturen der DDR-Gesellschaft sowie von sozio-ökonomischen Verwerfungen der „Wendezeit“ gezeichnet, bildet nicht zuletzt einen Nährboden für den politischen Extremismus im Freistaat. Kapitel 15 bietet dazu eine strukturierte Analyse. Es geht nach einem Überblick zu den bundespolitischen Rahmenbedingungen um die links- und rechts-extremistischen Parteien sowie um den unorganisierten, oft gewalttätigen Extremismus. Schließlich wird erörtert, wie der bisherige Demokratieschutz funktioniert und ob ein antiextremistischer Konsens weiterhin besteht. Beispiele – zur „Demokratiel Klausel“ auf der einen Seite, zur „antifaschistischen Klausel“ auf der anderen – verdeutlichen das hohe Maß an Dissens zwischen den politischen Kontrahenten. Dabei verläuft die Grenze nicht nur zwischen demokratischen und extremistischen Kräften.

Die abschließende Antwort auf die Leitfrage nach dem „sächsischen Weg“ schlägt den Bogen zum Anfang. Ein „Ja“ oder „Nein“ ist dabei wenig plausibel. Es gibt Bereiche, in denen sächsische Spezifika unverkennbar sind, ebenso Bereiche, in denen keine großen Unterschiede zu anderen ost- bzw. selbst zu westdeutschen Bundesländern bestehen. Vereinfacht ausgedrückt: Der Freistaat Sachsen ist im politikwissenschaftlichen Vergleich „normal“ und „spezifisch“ zugleich. Gewiss, jedes Land hat Spezifika, aber Sachsen weist „besondere“ auf. Insofern ist die Frage nach dem „sächsischen Weg“ nicht künstlich hergeholt, eine gründliche Antwort vielmehr sinn- und reizvoll.

Kapitel 2

Wiedergründung des Freistaates 1989/90

1 Südliche Bezirke der DDR

Sachsen blickt auf eine so ereignisreiche wie wechselvolle Geschichte zurück.¹ Auf dem Wiener Kongress 1815 musste Sachsen, das bei der „Völkerschlacht“ 1813 nicht für das siegreiche Preußen, sondern für die französische Seite gekämpft hatte, über die Hälfte seines Gebietes an Preußen abtreten („Provinz Sachsen“). Sachsen, beim deutsch-österreichischen Krieg 1866 erneut nicht auf der Seite Preußens, konnte im föderal organisierten Kaiserreich von 1871 an eine gewisse Eigenständigkeit behaupten.² Nach dem Sturz Wilhelm II. dankte der sächsische König Friedrich August III. mit den legendären Worten „macht Euren Dreck alleine“ ab. Im föderalen Gefüge der Weimarer Republik war Sachsen eigenständig – mit zuletzt sieben Stimmen im Reichsrat. Hier dominierten lange die Sozialdemokraten, Anfang der 1930er Jahre trat durch die Erfolge der NSDAP und der KPD eine massive Radikalisierung im Gefüge der politischen Landschaft ein. Die Regierung unter dem parteilosen Walther Schieck (ab 1930) besaß keine parlamentarische Mehrheit. Im Dritten Reich wurde Sachsen „gleichgeschaltet“, so der nationalsozialistische Ausdruck, erst unter Reichskommissar Manfred von Killinger, ab 1935 unter dem Reichsstatthalter für den „Gau Sachsen“ Martin Mutschmann.³

1 Vgl. zusammenfassend Werner Rellecke: Wegmarken sächsischer Geschichte, in: Werner Künzel/ders. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Münster 2005, S. 315–350; zur jüngeren Zeit siehe Mike Schmeitzner: Freistaat – Gau – Bezirke. Sachsen im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur 1919–1989, in: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden 2010, S. 46–58.

2 Vgl. Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Köln u. a. 1997.

3 Vgl. Andreas Wagner: „Machtergreifung“ in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935, Köln 2004; Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bedeutete bald das Ende der Anti-Hitler-Koalition. Gemäß der alliierten Neuaufteilung vom 1. Juli 1945 (das von sowjetischen Truppen besetzte Berlin wurde zur Vier-Sektoren-Stadt) fiel der zunächst von den amerikanischen Truppen eingenommene Teil Sachsens sowie Thüringens und Mecklenburgs an die Sowjetunion. Die westlich der Neiße gelegenen Kreise der preußischen Provinz Schlesien kamen zu Sachsen, dessen Großstädte, bombardiert von den Alliierten, in Schutt und Asche lagen. Bereits im Juli 1945 ließ die Sowjetische Militär-Administration für Deutschland (SMAD) Landesverwaltungen errichten: in den Ländern Sachsen, das am 6. Juli 1945 entstand, Mecklenburg und Thüringen sowie in den Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt (nach der Auflösung Preußens 1947 erhielten diese auch den Status eines Landes). In den Landesverwaltungen nahmen Kommunisten wegen der Unterstützung durch die SMAD schnell zentrale Positionen ein. Das sowjetische Modell wurde mehr oder weniger auf ihre Zone übertragen. In Sachsen gingen kommunistische Kader früh ans Werk, ihre Machtbastionen auszubauen, etwa durch Ausschaltung sozialdemokratischer Kräfte.⁴ Dass der Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs, der Dresdner Oberbürgermeister, an die Spitze der Landesverwaltung gelangte (er verfügte über langjährige Kommunalerfahrung), steht dazu in keinem Gegensatz. Die SMAD wollte auf diese Weise die Sozialdemokratie einbinden.⁵ Als „starker Mann“ in Sachsen erwies sich anfangs der Kommunist Kurt Fischer, Innenminister bis 1948, danach bis zu seinem Tod 1950 Chef der Deutschen Volkspolizei.

Die Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946, durch vielfältige Schikanen nicht als frei zu bezeichnen, brachten zwar klare Wahlsiege der im April 1946 durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD entstandenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), doch nirgendwo erreichte diese die absolute Mehrheit der Stimmen (im Gegensatz zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen).⁶ In Sachsen erhielt sie 49,1 Prozent, die LDP 24,7 Prozent, die CDU 23,3 Prozent, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 1,7 Prozent.⁷ Letztgenannte trat an, um von den „bürgerlichen“ Kräften Stimmen abzuziehen. Alle Parteien waren in die von den Kommunisten bestimmte Antifa-„Blockpolitik“ einbezogen. Bis auf Sachsen-Anhalt unter Erhard Häberer von der DPD stellte die SED überall die Ministerpräsidenten. In Sachsen übernahm diese Aufgabe der

4 Vgl. Stefan Donth: Die KPD als Partei der Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Erste Weichenstellungen bis zur Zwangsvereinigung mit der SPD, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln u. a. 2003, S. 103–128.

5 Vgl. Andreas Thüsing: Der staatliche Neuanfang in Sachsen 1945–1952, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Anm. 4), S. 171–199, hier S. 174.

6 Vgl. Günter Braun: Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, München 1990, S. 381–431.

7 Im Gegensatz zu den anderen Ländern kandidierten in Sachsen noch die Frauenausschüsse und der Kulturbund (jeweils 0,6 Prozent).

ehemalige Sozialdemokrat Friedrichs – bis zu seinem Tod 1947. Ihm folgte Max Seydewitz (bis zur Auflösung der Länder 1952), in der Weimarer Republik einer der Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), einer linken Abspaltung der SPD.

Die „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“⁸ verlief nicht geradlinig, aber insgesamt ohne größere Widerstände. Die (wegen der zunächst reservierten Haltung der LDP und der CDU zur „Einheitsliste“ um ein Jahr verschobenen) Wahlen zur Volkskammer und zu den Länderkammern fanden am 15. Oktober 1950 statt. Bei der Wahl zur Volkskammer entfielen auf die „Einheitsliste“ 99,7 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent). In Sachsen war dies nicht anders (Wahlbeteiligung: 98,1 Prozent; Ja-Stimmen: 99,8 Prozent). Zum einen gab es Wahlfälschungen, zum anderen teilweise eine „offene“ Wahl. Die Mandate wurden nach einem festen Schlüssel an die Parteien und Massenorganisationen verteilt. Nach den Landtagswahlen wuchs der Einfluss der SED weiter, so auch in Sachsen. Bereits vorher, im Februar 1950, musste Hugo Hickmann, einer der wenigen Opponenten innerhalb der CDU gegen den Kurs der SED, als Vizepräsident des Sächsischen Landtages zurücktreten und seinen Parteiausschluss hinnehmen. Im Jahre 1950 kamen alle Ministerpräsidenten und Innenminister aus den Reihen der SED. In ihren Augen fand 1950 „der Prozess der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als einer Staatsmacht vom Typ der Diktatur des Proletariats im Wesentlichen seinen Abschluss“.⁹

Anfang Juli 1952 proklamierte die II. Parteikonferenz der SED die „planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“. Eine erste wichtige Konsequenz: Die Volkskammer beschloss am 23. Juli 1952, den Föderalismus zu beseitigen und die Länder aufzulösen, nachdem das Politbüro bereits im April die Entscheidung darüber getroffen hatte.¹⁰ Neben „Berlin“, der „Hauptstadt der DDR“, der ebenso die Funktionen eines Bezirks oblagen, entstanden 14 Bezirke mit 217 Kreisen. Wie die Präambel zum „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik“ verlautbaren ließ, sollte die frühere administrative Gliederung, „jetzt zu einer Fessel der neuen Ordnung“ geworden, ein Ende finden: „Die örtlichen Organe der Staatsgewalt müssen deshalb so reorganisiert werden, dass der Staatsapparat die Möglichkeit erhält, den Willen der Werktätigen, der in den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht ist, unverbrüchlich zu erfüllen und, gestützt auf die Initiative der Massen, eine Politik des werktätigen Volkes durchzuführen.“ § 1 des Gesetzes bestimmte: „Die Länder haben eine Neugliederung ihrer Gebiete in Kreise vorzuneh-

8 So der treffende Titel von Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Anm. 4). Siehe auch Thomas Widera: Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2004.

9 DDR. Werden und Wachsen, Berlin (Ost) 1974, S. 191; zitiert nach Hermann Weber: DDR. Grundriss der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991, S. 45.

10 Vgl. Henning Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945–1952, Stuttgart 1995.

men.“ Und § 2 lautete: „Die Länder haben jeweils mehrere Kreise in Bezirke zusammenzufassen.“ So erließ das Land Sachsen (wie jedes andere) ein entsprechendes Gesetz am 25. Juli 1952. Seit dem 1. August 1952 war von Bezirken die Rede, nicht mehr von Ländern. Diese Bezirke bildeten die mittlere politisch-administrative Ebene. Die Bezirkstage, deren Zusammensetzung durch den festen Mandatsschlüssel vorgegeben war, spielten gegenüber dem Rat des Bezirkes kaum eine Rolle.

Die 1949 eingerichtete Länderkammer bestand formal fort, ihre Auflösung folgte erst 1958.¹¹ In ihrer dritten Wahlperiode trat sie nur einmal – am 10. Dezember 1958 – zusammen: um das eigene Ende zu sanktionieren. Das „skurrilste Staatsorgan“¹², das die DDR jemals ins Leben gerufen und zunächst beibehalten hatte (eine Länderkammer ohne Länder), machte in ihrer Existenz kein einziges Mal von dem ihr laut Verfassung zustehenden Vetorecht Gebrauch. In der Präambel zum „Gesetz über die Auflösung der Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 8. Dezember 1958 hieß es: „Die Auflösung der Länderkammer ist das Ergebnis der Festigung des Arbeiter-und-Bauern-Staates und der Entfaltung der sozialistischen Demokratie.“

Sachsen-Anhalt wurde in zwei Bezirke (Halle, Magdeburg) aufgeteilt, Brandenburg in drei (Cottbus, Frankfurt an der Oder, Potsdam), ebenso Mecklenburg (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin), Thüringen (Erfurt, Gera, Suhl) und Sachsen (Chemnitz, Dresden, Leipzig). Der Bezirk Chemnitz, der vom 10. Mai 1953 bis zum 31. Mai 1990 Karl-Marx-Stadt hieß, bestand ursprünglich aus fünf Stadtkreisen (Chemnitz, Johanngeorgenstadt [bis 1957], Plauen, Schneeberg [bis 1958], Zwickau) und 21 Landkreisen, der Bezirk Dresden aus zwei Stadtkreisen (Dresden, Görlitz) und 15 Landkreisen, der Bezirk Leipzig aus einem Stadtkreis (Leipzig) und 12 Landkreisen. Karl-Marx-Stadt war mit rund zwei Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Bezirk. Nach Halle folgten die anderen beiden sächsischen Bezirke Dresden und Leipzig. Die Bezirke der DDR kooperierten kaum miteinander.

Der Einfluss der Vorsitzenden des Rates des Bezirkes fiel schwächer aus als jener der Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitung.¹³ So sind ihre Namen kaum bekannt, die der Ersten Sekretäre schon eher (Tabelle 1).¹⁴ Von diesen regionalen SED-Führungskadern, die zum Teil über einen beträchtlichen Handlungsspielraum verfügten, vor allem

11 Vgl. ausführlich dazu Christian Thiem: Die Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik (1949–1958). Eine verfassungsgeschichtliche Darstellung von der Entstehung bis zur Auflösung, Berlin 2011.

12 So Peter Joachim Lapp: Die Volkskammer der DDR, Opladen 1975, S. 39.

13 Vgl. exemplarisch die Grundlagenstudie von Mario Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007.

14 Neben dem Ersten Sekretär gab es einen Zweiten Sekretär sowie Sekretäre für die Ressorts: Agitation und Propaganda; Industrie, Bauwesen, Wirtschaft; Wissenschaft, Volksbildung und Kultur; Handel, Öffentliche Versorgung und Landwirtschaft. Insgesamt übten 415 Personen diese 514 Positionen aus. Der Grund für die Differenz: Eine Reihe von Funktionären hatte im Laufe der Zeit mehrere Funktionen inne.

Tabelle 1 Vorsitzende des Rates der Bezirke sowie Erste Sekretäre der SED-Bezirksleitungen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Dresden und Leipzig

	Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)	Dresden	Leipzig
Ratsvorsitzende	Max Müller (1952–60)	Rudi Jahn (1952–58)	Karl Adolphs (1952–59)
	Werner Felfe (1960–63)	Walter Weidauer (1958–61)	Erich Grützner (1959–74)
	Heinz Arnold (1963–81)	Günther Witteck (1961–63)	Rolf Opitz (1974–89)
	Lothar Fichtner (1981–90)	Manfred Scheler (1963–82)	Joachim Dreher (1989–90)
	Albrecht Buttolo (1990)	Günther Witteck (1982–89)	Rudolf Krause (1990)
	(Regierungsbevollmächtigter)	Wolfgang Sieber (1989–90)	(Regierungsbevollmächtigter)
		Michael Kunze (1990)	
		Siegfried Ballschuh (1990)	
		(Regierungsbevollmächtigter)	
1. Sekretäre	Walter Buchheim (1952–59)	Hans Riesner (1952–57)	Karl Schirdewan (1952)
	Rolf Weihs (1960–63)	Fritz Reuter (1957–60)	Paul Fröhlich (1952–70)
	Paul Roscher (1963–76)	Werner Krolikowski (1960–73)	Horst Schumann (1970–89)
	Siegfried Lorenz (1976–89)	Hans Modrow (1973–89)	Roland Wötzel (1989–90)
	Norbert Kertscher (1989–90)	Hansjoachim Hahn (1989–90)	

dann, wenn sie der Zentrale „zuarbeiteten“, sich aber keine Eigenmächtigkeiten erlauben durften, gehörte etwa jeder Vierte vor, während oder nach der Amtszeit dem Politbüro an. Von den Ersten Sekretären der SED-Bezirksleitungen aus Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig traf dies auf Paul Fröhlich zu (1952–1970 Erster Sekretär in Leipzig und Politbüromitglied 1963–1970), auf Werner Krolikowski (1960–1973 Erster Sekretär in Dresden und Politbüromitglied 1971–1989), auf Siegfried Lorenz (1976–1989 Erster Sekretär in Karl-Marx-Stadt und Politbüromitglied 1986–1989) sowie auf Hans Modrow (1973–1989 Erster Sekretär in Dresden und Politbüromitglied 1989), der vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 als DDR-Ministerpräsident fungierte. Die Kaderpolitik der SED mit geschulten Funktionären fiel nicht nur in Sachsen ausgeklügelt aus.¹⁵

Zwischen der jeweiligen SED-Bezirksleitung und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit gab es eine enge Zusammenarbeit, aber auch Spannungen, wie Gunter Gerick am Beispiel des Bezirks Karl-Marx-Stadt nachweisen kann.¹⁶ Siegfried Gehlert, der langjährige Chef der dortigen Staatssicherheit (1958–1989), trat gegenüber Siegfried Lorenz, dem Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, nicht bloß als Auftragnehmer auf, sondern wollte mit „seiner“ Staatssicherheit Unzulänglichkeiten des Staates oder der Partei eigenständig „ausbügeln“. Der Herrschaftsanspruch der Partei fiel damit stärker aus als deren Herrschaft. Insgesamt dominierte diese gegenüber der Staatssicherheit, die nicht

15 Vgl. Mario Niemann: Zur Kaderpolitik der SED in Sachsen. Die Sekretäre der 1952 gebildeten Bezirksleitungen Chemnitz, Dresden und Leipzig, in: Michael Richter u. a. (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007, S. 231–254.

16 Vgl. Gunter Gerick: Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Spannungsperioden von 1961–1989, Berlin 2013.

als „Staat im Staate“ fungierte, sondern als „Schild und Schwert“ der Partei, wie es dem Selbstverständnis der Tschekisten entsprach. Am Ende der SED-Diktatur brachen nicht nur im Bezirk Karl-Marx-Stadt Konflikte zwischen der Partei und der Staatssicherheit offen aus. Die eine Seite sprach (vor dem Hintergrund des ökonomischen Niedergangs und um das System zu retten) das Versagen der Partei an, die andere Seite wollte die Staatssicherheit als Sündenbock präsentieren und damit ein „Bauernopfer“ bringen.

Die Unzufriedenheit der Menschen mit dem ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen System der DDR fiel im dichtbesiedelten und stark industrialisierten Sachsen, u. a. bedingt durch den Verfall der Städte und die massive Umweltbelastung, höher aus als anderswo. Eine Anti-Haltung gegenüber dem als privilegiert geltenden Berlin grassierte. Auch wenn das „Land Sachsen“ von 1952 an nicht mehr existierte, so fühlten sich viele Bürger aufgrund der Tradition, die Identität geschaffen hatte, ungebrochen als Sachsen. Die DDR war kein homogener Staat, sie war voller historisch gewachsener Regionalismen. Das 1979 veröffentlichte Lied des Kabarettisten Jürgen Hart „Sing, mei Sachse sing“ feierte mit seinen selbstironischen Anspielungen große Erfolge. Die Bezugnahme auf Sachsen verschwand selbst offiziell nicht völlig, sie nahm in der Spätphase sogar zu – es gab im Verlauf der „Erbe“-Diskussion nicht nur eine „Preußen“-, sondern auch eine „Sachsen“-Renaissance.¹⁷ Im Jahr 1989 kam etwa eine „Geschichte Sachsens“ auf den Markt.¹⁸ 1987 sorgte die opulente DDR-Fernsehserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ für Furore.¹⁹

Im Volksmund am Ende des 19. Jahrhunderts war die folgende Sentenz – so oder ähnlich – weit verbreitet: „In Chemnitz wird gearbeitet, in Leipzig gehandelt und in Dresden geprasst.“ Dieser „Spruch“, der auf die (bis heute fortdauernde) Konkurrenz der drei großen sächsischen Städte anspielte, hatte sich auch in der DDR gehalten. Chemnitz galt als die Industriehochburg, Leipzig als das Handelszentrum und Dresden, das „Elbflorenz“, als die Stadt der Kunst und Kultur. Allerdings gab es zwischen den drei aus dem Land Sachsen hervorgegangenen Bezirken wenige Verbindungen. Der sächsische Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) hatte – mit dem Vogtland – eine Grenze zum „Westen“ wie die drei thüringischen Bezirke Erfurt, Gera und Suhl an Bayern, Hessen oder Niedersachsen grenzten. Dieser Umstand blieb wohl nicht ohne Prägekraft.

17 Vgl. Ulf Morgenstern: Sächsische (Dis-)Kontinuitäten und die „Sachsenrenaissance“. Von Verschwinden und Wiederkehr Sachsens in den vier Jahrzehnten der DDR, in: Konstantin Hermann (Anm. 1), S. 28–45.

18 Vgl. Karl Czok (Hrsg.): Geschichte Sachsens, Weimar 1989.

19 Vgl. Jens Jungmann: Sachsens Glanz und Preußens Gloria, Dresden 2012.